

11. Jahrgang

Föderalismusreform

Rolf Schwanitz MdB

Wie ist das, wenn jemand in einer Notlage ist und der einzige Helfer sich seinen Dienst kräftig bezahlen lässt? Im Privatleben nennt man das unanständig, oder schlimmstenfalls Erpressung. Gar nicht so unähnlich ist die Situation zwischen dem Bund und den Ländern bei der Föderalismusreform.

Der Bund ist seit Jahrzehnten eingeeignet in seiner Gestaltungsmöglichkeit durch eine überbordende Zustimmungspflicht im Bundesrat. Zusätzlich dazu kam in den letzten Jahren eine länderfreundliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die Richter in Karlsruhe haben in mehreren Fällen im Kompetenzstreit zwischen dem Bund und den Ländern gegen die Bundesregierung entschieden. Und sie haben Rechtsgrundsätze aufgebaut, die ohne Verfassungsänderung dem Bund in weiten Teilen der Gesetzgebung keine Rechtsänderung mehr möglich machen würde. Der Bund verlöre nach und nach viele seiner Kompetenzen ersatzlos an die Länder. Wichtige Bundesgesetze könnten so nicht mehr einheitlich im Gesamtstaat an veränderte Bedingungen angepasst werden. Das ist der Grund, weshalb eine Grundgesetzänderung für den Bund und Deutschland insgesamt absolut notwendig ist. Da die Länder dies wussten und auch im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, haben sie sich in den Verhandlungen ihre Zustimmung teuer bezahlen lassen.

Ich habe wegen der absoluten Notwendigkeit der Grundgesetzänderung für den Bund zugestimmt. Er hat seine Kritik an Inhalt und Verfahren jedoch gleichzeitig in einer Erklärung öffentlich gemacht. Darin heißt es unter anderem:

Die Verhandlungen zur Föderalismusreform waren auf der Seite der Länder jenseits von

politischen Sonntagsreden nicht davon geprägt, welche Veränderungen des deutschen Föderalismus im Interesse des Gesamtstaates notwendig sind. Die Länder nutzten stattdessen durch eine einheitliche und abgestimmte Verhandlungsstrategie die Abhängigkeit des



Bundes von dieser Reform, um die Kompetenzverteilung abermals zu ihren Gunsten zu verschieben. Einmal mehr wurden notwendige Reformen im deutschen Föderalismus nicht vernunftorientiert im Interesse des Ganzen beraten und entschieden, sondern mussten zu Lasten des Bundes erkaufte werden.

Einige der von den Ländern im Gegenzug hierfür erzwungenen Abweichungsrechte und Kompetenzübertragungen, zum Beispiel beim Heimrecht und dem Strafvollzug, können bei überzogener Nutzung für den Gesamtstaat und seine Bürgerinnen und Bürger ein erhebliches Maß an Nachteilen erbringen. Hieraus erwächst für die Parlamente der Länder ein großes Maß an Verantwortung. Auch deshalb war das Desinteresse der Landtage an den Beratungen zur Föderalismusreform unverständlich und falsch.

Die mit dem Gesetzentwurf verbundene Grundgesetzänderung darf kein Einstieg in einen Wettbewerbsföderalismus zwischen den Ländern sein. Dies stünde im Widerspruch zu den inneren und äußeren Anforderungen, vor denen Deutschland in unserer Zeit steht. Das betrifft sowohl Deutschlands gewachsene Rolle in einer erweiterten Europäischen Union, den Entwicklungsstand der neuen Länder am Beginn des Solidarpakt II als auch die berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an einen kooperativen Föderalismus in einem modernen Industriestaat.

Diese Reform ist abgeschlossen, aber sie ist nicht das Ende der Debatte um den deutschen Föderalismus.

BUNDESPOLITIK

Föderalismusreform

Einstieg in den Wettbewerbsföderalismus?

Mindestlohn

Zur Diskussion um Mindest- und Kombilohn

LANDESPOLITIK

Bürgerbüro in Klingenthal

Landtagsabgeordneter Enrico Bräunig eröffnet ein Bürgerbüro in Klingenthal

Dresden-Fahrt

Zu Besuch im Landtag

UNTERBEZIRK

Bürgermeisterwahl in Klingenthal

Programmdiskussion

ORTSVEREINE

Aktuelles aus den Ortsvereinen Klingenthal und Plauen

FRAKTION

SPD-Stadtratsfraktion informiert sich über Fortschritt beim Badumbau in Plauen

JUSOS

Jusos Vogtland in Chemnitz

Auf Wahlkampftour mit Barbara Ludwig

IV. Juso Pöhl Beachen

SPD

Inhalt	
„Buntes Vogtland“ in Plauen!	1
Inhalt / Impressum	2
Diskussion zum Rechtsextremismus	2
Orientierung zwischen Mindest- und Kombi-Lohn	3
Sommer-Radtour 2006	3
Weiteres Bürgerbüro in Klingenthal eröffnet	4
Sommertour Landtagsfraktion	4
Jusos Vogtland unterstützen Barbara Ludwig	4
Augenzeugen eines Eklats im Landtag	5
SPD diskutiert neues Grundsatzprogramm	5
„Tim und Struppi“ und die "Denker" gewinnen beim Juso-Pöhl-Beachen	6
Umsetzung der Neumitgliederwerbekampagne im OV Auerbach	6
Bürgermeisterwahl in Klingenthal	6
SPD nimmt Badneubau unter die Lupe	7
Ist unser Bildungssystem nur 2. Wahl?	7
Neuer Fraktionsvorsitzender im Kreistag	8
Termine / Geburtstage	8

Impressum

Klartext – Mitgliederzeitschrift der SPD im Vogtland

Freiheitsstraße 13
08523 Plauen

Telefon: 03741 / 134118

Fax: 03741 / 708483

E-Mail:

ub.vogtland@spd.de,

rolf.schwanitz@wk.bundestag.de,

post@braeunig.info

Herausgeber

Rolf Schwanitz, MdB

Enrico Bräunig, MdL

SPD-Unterbezirk Vogtland

Redaktion

Lutz Kätzel (V.i.S.d.P.), Petra Jacob,
Sabine Ret, Dr. Lutz Behrens, Benjamin
Zabel, Sandy Banner

Diskussion zum Rechtsextremismus

Martin Ermler und Sabine Ret, OV Plauen

Am 07.06.2006 lud der SPD-Ortsverein Plauen zu einer Diskussion mit Referenten des „Netzwerk Sachsen – gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (NWS) e.V.“ ins Malzhaus ein. Dies war eine Auftaktveranstaltung, der im Herbst ca. 30 weitere in Plauener Schulen folgen werden. Ziele des Netzwerks sind die Prävention und die Herauslösung Jugendlicher aus der rechtsextremen Szene.



Zu Gast war Enrico Bräunig MdL (SPD).

„Hey, ich kenn da 'ne voll coole Clique. Komm mit und ich stelle sie dir vor“, so oder ähnlich lauten die Worte, die zu einer rechtsextremen Laufbahn führen können. Kinder im Alter von 12-13 Jahren werden von anderen Jugendlichen, oft aber auch von den eigenen Geschwistern angeworben. Die vielen Freizeitangebote sagen ihnen zu, und schon sind sie, ohne es zu wissen, in der rechten Szene angekommen. Anfangs spielen das soziale Umfeld und dessen Probleme gar keine Rolle. Aber wenn den Kindern z. B. immer wieder eingeredet wird, dass Ausländer ihren Eltern die Arbeitsplätze wegnehmen, dann steigern sie sich in Ausländerhass hinein. Dabei gibt es in Sachsen lediglich ca. 2% ausländische Mitbürger. Um weitere Mitglieder anwerben, überzeugen oder auch eine Kameradschaft führen zu können, werden die Jugendlichen fast jedes

Wochenende geschult, nicht selten von der NPD finanziert.

Ca. 98% der Jugendlichen lösen sich allerdings mit 17-18 von der rechtsextremistischen Szene. Gründe dafür liegen im privaten oder beruflichen Bereich. Nach Auffassung des Netzwerks Sachsen e.V. steht fest, dass die Mehrzahl dieser Jugendlichen dennoch rechtsextrem wählt.

Auch wenn die Anzahl der Kameradschaften sinkt, so sind das nur Umstrukturierungen. Die Anzahl der Rechten nimmt weiter zu. Deshalb ist Prävention sehr wichtig.

Mehr als 20 Mitglieder und Gäste diskutierten dazu lebhaft mit den Referenten.

Eher theoretisch, aber nicht minder interessant war der zweite Teil der Veranstaltung, der sich mit dem Artikel 55 Absatz 1 der Sächsischen Verfassung befasste.

„Abgeordnete dürfen zu keiner Zeit wegen ihrer Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die sie im Landtag oder sonst in Ausübung ihres Mandates getan haben, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder anderweitig außerhalb des Landtages zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.“

Somit ist es schwierig, strafrechtliche Maßnahmen gegen den NPD-Landtagsabgeordneten Leichsenring wegen seiner Anspielungen auf die Judendeportation im 3. Reich zu ergreifen. Eine Gruppe aus dem Vogtland erlebte dies selbst am 11. Mai 2006 auf der Besuchertribüne des Landtages mit. (s. Artikel *Augenzeugen eines Eklats im Landtag*, S. 5)

„Der Artikel 55 gehört auf den Prüfstand. Ich werde mich dafür einsetzen, dass er geändert wird, damit kein sächsischer Landtagsabgeordneter zum Beispiel sachsenweit ganz legal den Holocaust leugnen kann“, so Bräunig. □

Orientierung zwischen Mindest- und Kombi-Lohn

Rolf Schwanitz, MdB

Die Parteien in der großen Koalition wollen im zweiten Halbjahr über neue Leitplanken in Deutschlands Lohngefüge reden. Während die CDU/CSU mit Kombi-Löhnen Arbeitsanreize verstärken will, thematisiert die SPD die Einführung von Mindestlöhnen. Dies vor allem, um im ersten Arbeitsmarkt Existenz sichernde Entlohnungen zu schaffen. Diese Verhandlungen werden alles andere als einfach. Natürlich sind stärkere Arbeitsanreize und gerechtere Entlohnung berechnete Ziele. Ein Blick ins Detail offenbart jedoch, welche Schwierigkeiten und Risiken im Thema stecken.

Am einfachsten macht es sich, das ist keine große Überraschung, mal wieder die PDS. Sie fordert die Einführung eines Mindestlohnes in Höhe von 7,50 € je Stunde überall in Deutschland, egal bei welcher Tätigkeit. Auch von den Gewerkschaften ist ähnliches zu hören.

Will man, wie in anderen EU-Ländern auch, einen gesetzlichen Mindestlohn - also eine untere Lohngrenze, die nicht unterschritten werden darf - einführen, so muss auch die Frage nach dessen Auswirkungen in strukturschwachen Räumen mit in den Blick genommen werden. Wirtschaftsinstitute gehen davon aus, dass in Ostdeutschland ca. 26 % aller Beschäftigten einen Bruttostundenlohn von unter 8 € haben. 18 % aller Beschäftigten unter 7 € und 10 % aller Beschäftigten beim Bruttostundenlohn sogar unter 6 € liegen. Da dies Durchschnittswerte vom Erzgebirge bis nach Rügen sind, dürfte in strukturschwachen Regionen die Anzahl der Beschäftigten mit Niedrigstlöhnen noch weit größer und die Stundenlohnhöhe geringer sein.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Natürlich sind solche Niedrigstlöhne auch in Betrieben anzutreffen, wo Unternehmer die schlichte Not der Belegschaften im Blick auf die grassierende Arbeitslosigkeit für blanke Lohndrückerei missbrauchen. Aber es gibt auch die Unternehmer, die im Schulterschluss mit der Belegschaft aus objektiven Gründen nur geringe Löhne zahlen können und neben dem persönlichen Risiko auch für sich selbst nur unwesentlich mehr in der Tasche haben. Gerade viele Kleinstunternehmen, Händler oder Existenzgründer gehören dazu.

Aus diesem Grund kann man bei der Festlegung eines Mindestlohnes über eine Wirtschaft im Aufbau nicht hinwegfahren, wie mit dem Rasenmäher über die Wiese. Wir stehen, will man eine Lohngrenze verbindlich machen, vor ei-

nem schwierigen Differenzierungsproblem. Ein undifferenzierter Mindestlohn in Nord und Süd, in Ost und West, würde zwangsläufig zu schweren wirtschaftlichen Verwerfungen führen. In den strukturschwachen Regionen hieße das allzu oft Abbau von Arbeitsplätzen. Wer den Mindestlohn will, muss also differenzieren, nach Ost und West und vielleicht auch zwischen einzelnen Branchen.

Aber auch beim Kombi-Lohn sind die Dinge nicht einfach. Zum einen ist allein aus finanziellen Gründen nicht vorstellbar, dass flächendeckend der Staat Niedrigstlöhne des ersten Arbeitsmarktes mit Zuschüssen subventioniert. Die Mitnahmeeffekte und die Fehlanreize einer solchen Kombination aus Lohn und Staatszuschuss wären gigantisch. Denkbar wäre dies lediglich im Bereich der Arbeitslosen als Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung.

Ob ein solcher Kombi-Lohn dort allerdings durch das ALG II nicht schon längst existiert, ist eine mehr als berechnete Frage. Mit dem ALG II wurde eine volle Grundsicherung eingeführt, die von einer großen Personenzahl auch als so genannte Aufstockungsleistung neben einer meist geringfügigen Beschäftigung in Anspruch genommen wird. Diese „Aufstocker“ erzielen in nicht seltenen Fällen durch die Kombination mit dem ALG II ein höheres Einkommen, als vergleichbare Personen im ersten Arbeitsmarkt. Nach einer aktuellen Studie des DIW Berlin kommt durch eine solche Kombination zum Beispiel eine „aufstockende“ Bedarfsgemeinschaft mit ALG II (2 Erwachsene, 2 Kinder unter 14 Jahren) auf ein vergleichbares Einkommen, wie eine Familie, bei der der Vater als Alleinverdiener in Vollzeit als Geselle im Handwerk arbeitet. Diesen „Kombi-Lohn“ noch weiter auszubauen, dürfte auch auf Gerechtigkeitsprobleme gegenüber der Entlohnung im ersten Arbeitsmarkt stoßen.

Das Thema ist kompliziert, die Diskussion ist aber wichtig. Und dies noch aus anderen Gründen: Die Dienstleistungsrichtlinie steht vor der Tür und Ende des Jahrzehnts laufen die Übergangsregelungen im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung aus. Der freie Zugang zum deutschen Dienstleistungs- und Arbeitsmarkt wird dann auch für unsere östlichen Mitgliedsländer eröffnet werden. Dabei kann ein gesetzlicher Mindestlohn eine wichtige regulierende Funktion übernehmen. Also: Die Diskussion bleibt spannend. □

Sommer-Radtour 2006 am 15. und 16. Juli

Lutz Kätzel

Seit acht Jahren, an einem Wochenende im Juli, parallel zur Tour de France lädt Rolf Schwanitz zur Sommer-Radtour ein. Das Vogtland ist eine attraktive Region für den Radtourismus. 2005 radelten die SPD-Tourenradfahrer von der Elsterquelle nach Adorf. 2006 will die Sommer-Radtour den Elster-Radweg von Plauen nach Gera in zwei Etappen testen. Gestartet wird am Sonnabend, dem **15. Juli 2006, 10:00 Uhr** in Plauen auf der alten Elsterbrücke am Neustadtplatz.



Ein neu gebautes Stück Radweg in Plauen am Elsterufer wurde erst im Juni freigegeben. Der erste Tag endet nach 25 km in Greiz mit dem Empfang durch den SPD-Bürgermeister Gerd Grüner.

Am Sonntag dem, **16. Juli 2006, wird 10:15 Uhr** am Bahnhof Greiz gestartet. Über Neumühle, Berga, Wünschendorf wird nach 35 km Gera, die Stadt der Bundesgartenschau 2007, erreicht. Auf der Strecke liegen etliche Sehenswürdigkeiten, wie die älteste Kirche des Vogtlands St. Veit in Wünschendorf. □

Weiteres Bürgerbüro in Klingenthal eröffnet

Enrico Bräunig, MdL

Mein zweites Bürgerbüro habe ich am 6. Juni 2006 in Klingenthal offiziell seiner Bestimmung übergeben. Neben meinem Stammsitz in Plauen eine weitere Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, hatte ich seit meiner Wahl in den Landtag geplant.

Dass diese Anlaufstelle nun in Klingenthal im Gebäude Kirchstraße 6 in zentraler Lage zur Verfügung steht, freute auch die ca. 30 Gäste, die aus Anlass der Büroeröffnung gekommen waren. Unter den Gratulanten waren der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, und der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Vogtland, Lutz Kätzel, ebenso wie die Bürgermeister von Klingenthal und Zwota, zahlreiche Stadträte und Bürgermeisterkandidat Ralf Meinel (SPD).

Das Bürgerbüro in Klingenthal wird regelmäßig **dienstags von 14 bis 18 Uhr geöffnet** sein.

Außerhalb dieser Zeiten sowie für alle Angelegenheiten, die nicht das Obere Vogtland oder den Kreistag betreffen, steht wie gewohnt meine Büroleiterin in Plauen als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Am 13. Juni 2006 habe ich bereits eine erste Bürgersprechstunde in Klingenthal durchgeführt. □



Mit dem SPD-Bürgermeisterkandidaten Ralf Meinel vor dem neuen Bürgerbüro in Klingenthal

Anm.: Mein Plauener Bürgerbüro ist vom **22.06. bis einschl. 12.07.06** wegen Urlaubs **geschlossen**.

Kontakt:

Bürgerbüro Klingenthal
Mitarbeiter Peter Seifert
TEL.: 03 74 67 / 28 40 4
FAX.: 03 74 67 / 66 67 4
E-Mail: klingenthal@braeunig.info

Bürgerbüro Plauen
Büroleiterin Sabine Ret
TEL.: 03 7 41 / 41 50 80
TEL.: 03 7 41 / 41 50 81
E-Mail: post@braeunig.info

Sommertour Landtagsfraktion

Petra Jacob, Geschäftsführerin

Die SPD-Landtagsfraktion ist zwei Wochen lang auf Sommertour. Am 28. Juni machte sie Station in Klingenthal zur Unterstützung unseres Landtagsabgeordneten Enrico Bräunig. Viele Besucherinnen und Besucher des Wochen-

marktes kamen mit ihm, mit Vertretern des Ortsvereins, der Busbesatzung und mir ins Gespräch. Eine gute Gelegenheit, in lockerer Atmosphäre über SPD-Politik zu diskutieren. □

Jusos Vogtland unterstützen Barbara Ludwig

Sandy Banner, OV Plauen

Im Schlussspurt ihres Wahlkampfes zur Oberbürgermeisterwahl in Chemnitz erhielt die SPD-Kandidatin Barbara Ludwig am 9. Juni tatkräftige Unterstützung aus dem Vogtland. Ausgestattet mit den "Team Chemnitz"- T-Shirts, Zeitungen und Flyern der Oberbürgermeisterkandidatin zogen die Geschäftsführerin des UB Vogtland Petra Jacob sowie die Jusos Juliane, Christian, Annemarie, Albrecht, Benjamin, Martin, Patrick und Sandy mit Chemnitzer GenossInnen durch die Innenstadt und suchten das Gespräch mit den BürgerInnen.

Ganz gereicht für einen Sieg im 1. Wahlgang hat es für Barbara Ludwig noch nicht. Mit 38,8% und der Führung vor Detlef Nonnen (CDU: 23,06%), Uwe Barthel (parteilos, 19,62%) und Karl-Friedrich Zais (PDS, 16,68 %) startete sie zur Neuwahl am 25. Juni. An diesem Abend konnte sie dann die Glückwünsche vom amtierenden Oberbürger-

meister Peter Seifert zum Wahlsieg (49,65%) entgegennehmen. Sie wird das Amt am 1. August 2006 übernehmen. □



Augenzeugen eines Eklats im Landtag

Vogtländische SPD-Mitglieder besuchen Sächsischen Landtag

Dr. Lutz Behrens, OV Plauen

Die rechtsextreme NPD sorgte am 11. Mai im Sächsischen Landtag für einen Eklat. Der NPD-Abgeordnete Uwe Leichsenring sprach von Sonderzügen zum Abtransport von linksextremen Gewalttätern. Auf einen Zwischenruf, dass es schon einmal Sonderzüge gegeben habe, in denen Menschen abtransportiert wurden, reagierte Leichsenring mit der Bemerkung: „Ja, manchmal wünscht man sie sich wieder.“ Diese Anspielung auf die Deportationszüge im Dritten Reich ahndete Landtagspräsident Iltgen mit dem Ausschluss Leichsenrings aus dem Plenum – eine Strafe, die zum ersten Mal verhängt wurde. Zeuge des Vorfalls im Landtag war eine Gruppe vogtländischer SPD-Mitglieder, die auf der Besuchertribüne Platz genommen hatte.

Entsetzen herrschte unter den 35 Besuchern aus dem Vogtland, die hautnah die von Leichsenring gemachte Äußerung miterlebten, die später vom Landtagspräsidenten als „besonders schwerer Verstoß gegen die Ordnung des Landtages“ eingeschätzt wurde. Diese „zum Ausdruck gebrachte Volksverhetzung“ (Iltgen) rechtfertigte es, Leichsenring, der auch Parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Fraktion ist, von den nächsten drei Sitzungen auszuschließen. In einer sich nach dem Besuch der Aktuellen Stunde anschließenden Gesprächsrunde der Vogtländer mit dem vogtländischen SPD-Landtagsabgeordneten Enrico Bräunig wurde das Befremden über die verbale Entgleisung des NPD-Biedermanns artikuliert. Auch wurde eine scharfe Entgegnung durch die SPD-Fraktion gefordert. Dem trug inzwischen Cornelius Weiss, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Rechnung. Weiss halte – gerade vor dem Hintergrund der Landtagsreise ins ehemalige Vernichtungslager Auschwitz – die Entscheidung

des Landtagspräsidenten noch für die kleinste mögliche Konsequenz.

Die Besucher aus dem Vogtland ließen sich jedoch von der „moralischen Verkommenheit und der widerwärtigen Gesinnung“, die dem NPD-Mann Leichsenring von der Grünen Antje Hermenau attestiert wurde, nicht den Tag verderben. So diskutierten sie mit „ihrem“ Abgeordneten unter anderem auch über Anwesenheitspflicht bei Plenarsitzungen, die Arbeit in den Ausschüssen des Landtages oder die Frage nach dem Verhältnis von Aufwand und Nutzen parlamentarischer Arbeit. In den Räumen der SPD-Fraktion trafen sich die Vogtländer danach mit Martin Dulig, dem Parlamentarischen Geschäftsführer, mit dem Fraktionsgeschäftsführer Leo Stefan Schmitt sowie Pressesprecherin Eileen Mägel. Hier erfuhren die Besucher, unter ihnen Petra Jacob, Geschäftsführerin des SPD-Unterbezirks Vogtland, die Plauener Stadträte Petra Baumann und Rüdiger Müller und der Auerbacher Stadtrat Helmut Kunad, Einzelheiten über die Arbeit der Fraktion der Sozialdemokraten. Danach ging es zur Frauenkirche. Sabine Ret, der Mitarbeiterin von Enrico Bräunig, die mit viel Sorgfalt und Mühe die Reise organisiert und vorbereitet hatte, war es gelungen, eine Führung durch die wiedereröffnete Dresdner Kirche zu vereinbaren. Eine gute Stunde lang konnte die Pracht und Herrlichkeit der barocken Kirche bestaunt werden und von einem sachkundigen Führer wurden viele Fragen beantwortet.

Die noch verbleibende Zeit wurde entweder mit einem Bummel auf dem immer attraktiver werdenden Dresdner Neumarkt ausgefüllt oder galt einem Besuch des von Thomas Jurk geführten Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit. □

SPD diskutiert neues Grundsatzprogramm

Lutz Kätzel, Vorsitzender UB Vogtland

Die SPD ist die Partei, die mit Beginn ihrer Geschichte 1863 in Leipzig ihre Ziele und Werte in Programmen festgehalten hat. Sie gilt in Deutschland als Programmpartei schlechthin. Andere Parteien haben mittlerweile nachgezogen und sich ebenfalls Grundsatzprogramme gegeben. In Grundsatzprogrammen bekennen sich Parteien zu ihren Werten und langfristigen Zielen. Hier stehen die Antworten, wie die Partei die Herausforderungen der Zukunft meistern will. Im Grundsatzprogramm steht auch die Antwort, warum wir Mitglied der SPD sind und in keiner anderen Partei. Das letzte Grundsatzprogramm verabschiedete die SPD 1989 in Berlin. Innerhalb der 17 Jahre seit 1989 hat sich die Welt deutlich verändert. Auf neue

Herausforderungen müssen neue aktuelle Antworten gegeben werden. Der Parteivorsitzende Kurt Beck hat die SPD aufgefordert, die Debatte zum neuen Grundsatzprogramm zu beginnen. Im Vogtland haben sich am 8. Juni interessierte Mitglieder zusammengesetzt, um sich über Inhalte und Themen auszutauschen. Bildung, Globalisierung, die SPD als linke Volkspartei, der Wert der Arbeit innerhalb unserer Gesellschaft - diese Themen sollen weiter in der Debatte um das Grundsatzprogramm vertieft werden. Interessenten, die sich daran beteiligen wollen, melden sich in der SPD-Geschäftsstelle, Freiheitsstraße 13 in Plauen. □



„Tim und Struppi“ und die "Denker" gewinnen beim Juso-Pöhl-Beachen

Sandy Banner, Jusos

Bei gefühlten 40 Grad im Schatten und unter strahlend blauem Himmel haben die vogtländischen Jusos am letzten Juniwochenende das 4. Juso-Pöhl-Beachen veranstaltet.

Insgesamt 17 Teams aus Plauen, dem Vogtland und Dresden waren mit dabei. Mitmachen durften nur Mixed-Teams, bestehend aus einem Spieler und einer Spielerin.

Bei der Gruppe der unter 20-jährigen siegte das Team "Tim und Struppi" mit Janine Hölzel und Robert Schäfer.

Juliane Scheer und Christian Krauss – das Team "Denke nie gedacht zu haben, denn das Denken der Gedanken ist gedankenloses Denken!" – erreichte Platz 1 bei den über 20-jährigen. Der Juso-Vorsitzende Christian Hermann: „Das Wetter war hervorragend, die Organisation hat geklappt und die Stimmung war spitze. Auch im nächsten Jahr soll es wieder ein Beachvolleyball –Turnier der Jusos Vogtland geben.“

Zu Gast im Vogtland war diesmal auch der Landesvorstand der sächsi-

schen Jusos. Die Mitglieder des Vorstandes haben sich in Pöhl dabei sportlich betätigt und parallel zu den Spielen inhaltlich gearbeitet.

Nach über sechs Stunden waren mit Gruppen- und Platzierungsspielen sowie Viertel-, Halbfinale und Finale die Plätze ermittelt. Den SiegerInnen winkt jetzt eine politische Bildungsreise nach Brüssel, gesponsert von der SPD-Europaabgeordneten Constanze Krehl. Überreicht wurden die Preise vom Juso-Landesvorsitzenden Holger Mann. □

Umsetzung der Neumitglieder-Werbekampagne im Ortsverein Auerbach

Diemo Schaller, OV Auerbach

Der Ortsverein Auerbach hat in seiner letzten Sitzung am 6. Juni 2006 beschlossen, sich demnächst intensiver mit der Frage nach Werbung und Betreuung seiner Mitglieder zu befassen.

Der Ortsvereinsvorsitzende Helmut Kunad übergab während der Sitzung den von der AG Mitgliederwerbung erarbeiteten Fragebogen an die Mitglieder. Dieser soll nun vervielfältigt werden, um ihn allen interessierten Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Einige

Anpassungen an die Gegebenheiten des Ortsvereins wurden gewünscht, um lokale Verbesserungen und Wünsche externer, potentieller Interessenten erfragen zu können. Ein erweiterter Entwurf soll in der nächsten Versammlung diskutiert werden. Abgerundet wurde diese Sitzung thematisch mit der Frage nach den Grundwerten der SPD, da diese als außerordentlich wichtig für die Werbung neuer Mitglieder erachtet werden. Positiv sticht hier das Engagement der Mitglieder des

Ortsvereins in der Arbeitsgruppe Grundsatzprogramm beim Unterbezirk Vogtland hervor. Es ist zu hoffen, dass hier weitere Impulse eingebracht werden können.

In der nächsten Sitzung soll das Thema Mitgliederwerbung und –betreuung wieder auf der Tagesordnung stehen. Eventuell wird ein kleines Gremium innerhalb des Ortsvereins mit der Bearbeitung des Themas beauftragt, um auch die Kommunikation mit der Arbeitsgruppe zu erleichtern. □

Bürgermeisterwahl in Klingenthal

Petra Jacob, Geschäftsführerin

Am 11. Juni waren die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, einen neuen Bürgermeister für ihre Stadt zu wählen. Der SPD-Kandidat Ralf Meinel, langjähriger Stadtrat, führte seinen Wahlkampf mit Unterstützung seines Ortsvereins und des Unterbezirkes Vogtland. Viele persönliche Gespräche wurden geführt, Flyer und Flugblätter erarbeitet und verteilt.

Leider war die Zeit noch nicht reif für einen Wechsel an der Stadtspitze. Der amtierende Bürgermeister Reiner Schneidenbach gewann im ersten Wahlgang.

Der Unterbezirksvorstand dankt Ralf Meinel ganz herzlich für seine Kandidatur. Wir wünschen ihm alles Gute.

□



Ralf Meinel

Unser Mann für Klingenthal

SPD

SPD nimmt Badneubau unter die Lupe

Ronny Stieber, Stellv. Vorsitzender OV Plauen

Am Montag, dem 12. Juni, inspizierte die SPD-Stadtratsfraktion gemeinsam mit Mitgliedern des Ortsvereins Plauen den Badneubau an der Hofer Straße in Plauen. Organisiert hatte diesen Termin Rüdiger Müller (Bild 2. v. links), der als SPD-Stadtrat Mitglied im Ausschuss „Badneubau“ ist.

„Es ist wichtig, sich über die Umsetzung der von uns mitgetroffenen Entscheidungen vor Ort zu informieren. Nur so kann man einen echten Eindruck gewinnen und sich bei der Abstimmung über die doch oft sehr theoretisch gefassten Verwaltungsvorlagen sicher sein, die richtige Entscheidung zu treffen“ sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Rainer Maria Kett (Bild 5. v. rechts).

Der Badbau kostet ca. 12,5 Mio. Euro. Plauen baut aber kein Spaßbad mit Blubberblasen und Strudelbecken. Noch nicht einmal eine Wasserrutsche wird es geben. Dafür bekommt das Bad ein 50 m Becken, welches den Anforderungen an den Schwimm- und Wasserballsport gerecht wird. Neben der öffentlichen Nutzung als Schwimmstätte soll der Bau auch den vogtländischen und böhmischen Schwimm- und Wasserballvereinen ein zu Hause geben. Herr Markert (Bild 4. v. rechts) von der Stadtverwaltung erklärte, dass zu Wettkämpfen über 200 Personen auf den



Die SPD-Stadtratsfraktion bei der Badbesichtigung

Zuschauerrängen Platz finden. Durch das von der SPD befürwortete Nutzungskonzept, welches eindeutig den Schwimmsport in den Vordergrund stellt, gab es einen Landeszuschuss von 50% der Baukosten. So kann der Bau mit einem Eigenanteil von ca. 5,5 Mio. Euro finanziert werden. Die Mittel für den Eigenanteil stammen übrigens aus Rücklagen, die durch den Verkauf des städtischen Klinikums gebildet werden konnten. Eine Entscheidung, die der SPD-Stadtratsfraktion nicht leicht gefallen ist. „Gerade deshalb ist es wichtig, sich ein Bild über den Baufortgang zu verschaffen, mit den für den Bau verantwortlichen Personen zu sprechen und über eventuelle Risiken zu diskutieren“

erläutert Ronny Stieber (Bild 2. v. rechts).

Im Badbau inbegriffen ist auch die Sanierung der alten „Herrenschwimmhalle“ des „Stadtbades an der Hofer Straße“. Über den neuen Namen des Bades wird vom Stadtrat auf seiner Sitzung im Juli entschieden. Die Plauener Bürger haben sich rege am Namenswettbewerb beteiligt und über dreißig interessante Vorschläge gebracht. Diese reichen von „Altstadtbad“ bis „Nemo Welle“. Den Betrieb des Bades stellt eine GmbH mit städtischer Beteiligung sicher. Die Anwesenden erfuhren, dass Anfang des Jahres 2007 mit der Fertigstellung und Einweihung des Bades zu rechnen ist. □

Ist unser Bildungssystem nur 2. Wahl?

Martin Ermler, Jusos

Am 1. Juni 2006 lud das Jugendparlament Plauen ins Kinder- und Jugendzentrum eSeF zu einer 3-stündigen Podiumsdiskussion ein. Das Thema des Nachmittags lautete:

„Ist unser Bildungssystem nur 2. Wahl?“ Im Podium saßen Martin Dulig, MdL (SPD), Enrico Bräunig, MdL (SPD), Frank Heidan, MdL (CDU), Wolfgang Hinz (Stadtratsfraktion PDS), Christoph Rabbeau (Geschäftsführer des evangelischen Schulvereins Vogtland), Benjamin Hilbert (Landeschülerrat) sowie Patrick Pfeil als Moderator.

Zu Beginn herrschte Einigkeit darüber, dass das momentane Schulsystem so nicht zukunftsfähig ist.

Eine Veränderung, nicht nur in der Struktur, sondern auch in der Kultur ist anzustreben. Die SPD konnte im

Koalitionsvertrag einen Korridor für Gemeinschaftsschulen öffnen. Dabei zählt "nicht die Anzahl von Gemeinschaftsschulen, sondern deren Erfolg", so Dulig. „In den jetzigen Schulen herrscht eine Osterhasenpädagogik. Die Lehrer verstecken das Wissen und freuen sich, wenn die Schüler es finden“, so der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Zu den Schulschließungen, wie zum Beispiel 2008 in Elsterberg, äußerte sich Wolfgang Hinz: „Wenn es nach mir ginge, dann würden keine Schulen geschlossen“. Dem entgegnete der SPD-Landtagsabgeordnete Enrico Bräunig: „Sie tragen ja auch keine politische Verantwortung. Wir hingegen müssen sehen, das Sachsen in 20 Jahren noch finanziert werden kann.“ Frank Heidan war der einzige anwe-

sende Verfechter des 2-gliedrigen Schulsystems. Christoph Rabbeau plädierte für eine inhaltliche Neuorientierung bei der Gestaltung der Schule. Er meinte, dass „die Gemeinschaftsschulen à la DDR zum Bankrott beigetragen haben“.

Am Ende gab es lobende Worte für die Veranstalter. Es bleibt abzuwarten, ob sich wirklich etwas am Schulsystem ändern wird oder die jetzige konservative Schulform beibehalten wird. Auf alle Fälle hat sich dieser Nachmittag gelohnt und viele der Gäste hoffen auf eine Fortsetzung solcher Projekte. □

Neuer Fraktionsvorsitzender im Kreistag

Renee Rock, Mitarbeiter

Die SPD-Kreistagsfraktion hat ab 1. Juli einen neuen Vorsitzenden. Der 62jährige Franz Hornung wurde einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der Auerbacher ist langjähriger Kreisrat. Zuletzt war er Stellvertreter von Claus Beckert. Dieser hatte seine SPD-Mitgliedschaft beendet, wird sein Kreistagsmandat aber wei-

terhin in der SPD-Fraktion wahrnehmen. Claus Beckert begrüßte die Bereitschaft von Franz Hornung zur Übernahme des Fraktionsvorsitzes und sicherte ihm seine Unterstützung zu.

Glückwunsch an Franz Hornung und alles Gute! □

Geburtstage Juli 2006

- 01. Dietmar Brendel, Elsterberg
- 01. Petra Jacob, Plauen
- 02. Wolfgang Pokorny, Plauen
- 02. Matthias Röseler, Netzschkau
- 03. Karl-Heinz Hübner, Auerbach
- 06. Marcus Schädlich, Auerbach
- 07. Dietmar Gerstner, Adorf
- 08. Markus Löffler, Plauen
- 12. Hartmut Hüttner, Bad Elster
- 12. Berthold Puchta, Eichigt (50)**
- 13. Bernd Stubenrauch, Jößnitz
- 14. Sibylle Weiß, Reichenbach
- 15. Jürgen Petzoldt, Plauen
- 17. Wolfgang Bauer, Auerbach
- 17. Rolf Baumgärtel, Jocketa
- 17. Rita Pfretzschnur, Triebel
- 18. Jürgen Tunger, Hammerbrücke
- 21. Margrit Dressel, Plauen
- 23. Gabriele Lochbaum, Plauen
- 23. Detlef-Manfred Müller, Plauen (50)**
- 24. Wolfgang Forner, Plauen
- 24. Rudi Wenig, Jößnitz
- 25. Horst Hübner, Adorf
- 27. Rudolf Schwab, Posseck
- 27. Wolfgang Woschek, Klingenthal
- 28. Christoph Stölzel, Eichigt
- 28. Stephan Tischendorf, Plauen
- 29. Wolf-Dieter Lokat, Falkenstein
- 30. Beatrice Feiks, Plauen (30)**

Geburtstage August 2006

- 01. Marion Zschiegner, Waldkirchen
- 03. Christian Bretschneider, Rodewisch
- 03. Walter Meinel, Klingenthal
- 04. Christian Benedix, Plauen
- 04. Ronald Schüler, Netzschkau (50)**
- 07. Christoph Rabbeau, Chemnitz.
- 09. Martina Seemann, Klingenthal
- 11. Friedrich Fuchs, Auerbach,
- 11. Sieglinde Stöckel, Mylau
- 12. Hans Meiler, Plauen (50)**
- 14. Ralf Möckel, Auerbach
- 15. Klaus Geiler, Elsterberg
- 15. Maria Hochmuth, Leubnitz
- 17. Gerhard Wings, Schöneck

- 19. Oliver Bittmann, Jößnitz
- 20. Petra Baumann, Plauen
- 20. Nicole Schwab, Posseck
- 22. Mathias Ulrich, Auerbach
- 23. Kurt Opitz, Elsterberg
- 24. Gertrud Rackl, Bad Elster
- 28. Christiane Illgen-Weißgerber, Neumark
- 28. Marian Liebig, Plauen
- 28. Heiko Peetz, Posseck
- 31. Bernd Krupke, Adorf (40)**

Termine Juli / August 2006

Sa., 8. Juli, ab 15.00 Uhr, Syrau
Juso-Unterbezirkskonferenz in der Gartensparte „Waldeck“, im Kulturenweg,

Di., 11. Juli
100. Geburtstag von Herbert Wehner

Sa./So., 15./16. Juli
Sommerradtour mit Rolf Schwanitz,
Nähere Informationen unter:
Tel.: 03741/ 134118

Di., 18. Juli, 18.30 Uhr, Plauen,
Stammtisch des OV Plauen in der Gaststätte „Schildstüb'l“, Schildstr. 31

Di., 25. Juli
Das Vogtland in Bewegung, Schritttaktion mit Ministerin Ulla Schmidt und dem Parlamentarischen Staatssekretär Rolf Schwanitz

Do., 27. Juli, 19.00 Uhr, Reichenbach
Gaststätte „Wasserturm“ Turmstraße
Diskussionsveranstaltung
mit MdB Rolf Schwanitz

Fr., 28. Juli, Plauen
Gaststätte „Deutscher Hof“, Stresemannstr. 26, Öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema
„Gesundheitsreform“
mit MdB Rolf Schwanitz

Sa., 5. August
Juso-Segeltour auf der Talsperre Pöhl

Di., 15. August, 18.30 Uhr, Plauen
Stammtisch des OV Plauen in der Gast-

stätte „Schildstüb'l“, Schildstr. 31

25. August, ab 15.00 Uhr, Plauen
Markuskirchplatz, Stadteifest Ha-

100. Geburtstag von Herbert Wehner

Große Feier in seiner Geburtsstadt
Dresden

Um 16.00 Uhr wird zu einer Öffentlichen Festveranstaltung in das Staatsschauspiel (Kleines Haus), Glacisstraße 28, 01099 Dresden eingeladen.

Programm:
Begrüßung

Dr. Jürgen Schmude, Sprecher des Freundeskreises Herbert-Wehner-Bildungswerk

Helmut Schmidt, Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion a.D.

Franz Müntefering, Vizekanzler und Bundesminister für Arbeit und Soziales

Schlusswort
Greta Wehner

Die Plätze sind begrenzt. Um Anmeldung wird gebeten.

Näheres unter www.wehnerwerk.de

